

Arbeiter  
Angestellte  
Beamte



Arbeiter  
Angestellte  
Beamte

# DAS STEUER- UND GROLLBLATT

[www.dstg-berlin.de/grollblatt](http://www.dstg-berlin.de/grollblatt)

## Besoldungsanpassung 2000 am 30. März 2001 im Deutschen Bundesrat

**Am 30. März 2001 soll erneut im Deutschen Bundesrat das Gesetz über die Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2000 abschließend beraten werden. Der Deutsche Bundestag hatte am 8. März 2001 die Besoldungsanpassung mit den Ergänzungswünschen des Bundesrates vom 21. Dezember 2000 verabschiedet.**

Gegenüber den ursprünglichen Vorstellungen der Bundesregierung wird nun der Verheiratetenanteil im Familienzuschlag in die Anpassungsmaßnahmen mit einbezogen, das heißt um 1,8 Prozent ab 1. Januar 2001 und um 2,2 Prozent ab 1. Januar 2002 erhöht.

Die Einmalzahlung für die Monate September bis Dezember 2000 in Höhe von insgesamt 400,- DM sollen nun Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen A 1 bis A 11 erhalten.

Nachgebessert werden die Altersteilzeitregelungen für begrenzt Dienstfähige. Wenn diese nämlich vor Beginn der Altersteilzeit Dienstbezüge in Höhe des bei Versetzung in den Ruhestand zustehenden Gehaltes erhalten, weil diese höher waren als die anteiligen Dienstbezüge, bleibt ihnen der Vorteil auch in der Altersteilzeit erhalten.

Die **DEUTSCHE STEUERGEWERKSCHAFT** sowie die übrigen Fachgewerkschaften im **DBB - Beamtenbund und Tarifunion** - kritisieren nach wie vor, dass der Deutsche Bundestag lediglich die Ergänzungswünsche des Bundesrates umgesetzt hat. Damit wird das jetzt verabschiedete Gesetz in weiten Teilen noch immer nicht dem Anspruch der Beamten und Versorgungsempfänger auf Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingung gerecht. Sowohl die wirtschaftlichen Rahmendaten als auch die überproportional hohen Steuereinnahmen hätten weitere Nachbesserungen gerechtfertigt.

Bemängelt wird das Gesetz von der **DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT** u.a. wegen seiner unsozialen Regelungen (zum Beispiel im direkten Vergleich Tarifangehörige und Beamte). Alle Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sowie die Beamtinnen und Beamte ab der Besoldungsgruppe A 12 werden nach wie vor von der Einmalzahlung ausgeschlossen!

Vor der abschließenden Beratung des Gesetzes im Bundesrat am 30. März 2001 drängt der **DBB - Beamtenbund und Tarifunion** - deshalb weiter darauf, dass die Anpassungszeitpunkte vorgezogen und alle Empfänger von Dienst- und Versorgungsbezügen bei der Einmalzahlung berücksichtigt werden.

### INHALTSVERZEICHNIS

Besoldungsanpassung im Bundesrat .....	13
Personalräte wieder beteiligt .....	14
Alles Gute, Herr Goldbach .....	15
DSTG-Seminar „Bernried 2001“ .....	17
„Pilotphase“ Mengenstatistik .....	18
DBB-Beschäftigten-Konferenz .....	19
Brother HL 1250-Drucker .....	20
DBB-IT-Kongress mit Fachmesse in Leipzig .....	20

# „BIG BROTHER“ im Büro?

**Elektronische Nachrichten auszutauschen, ist heute Standard in vielen Betrieben und Verwaltungen. Je mehr Personalcomputer in Betrieben und Verwaltungen eingesetzt werden, desto einfacher ist auch die Überwachung durch die Personalcomputer. Mit der Computer-Revolution im Büro lässt sich die elektronische Post (E-Mail), die in firmeneigenen Computernetzen zum Nachrichtenaustausch dient, leicht von Dritten einsehen. Wer hat welche Dokumente wann bearbeitet, wie lange hat er/sie gebraucht, wie viele Fehler wurden dabei gemacht, solche Daten protokollieren viele Personalcomputer automatisch (Log-Dateien u.a.), um zum Beispiel die Wartung zu erleichtern. Auch zur Optimierung von Betriebs-/Verwaltungsabläufen sind solche Daten wichtig und gefragt. Nur: Was wird darüber hinaus ausgewertet? Gibt es „BIG BROTHER“ nur im Fernsehen?**

Einem Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der UN ist zu entnehmen: Allein in den USA werden 20 Millionen Arbeitnehmer kontrolliert; bei Banken, Versicherungen und Telefongesellschaften bis zu 80 Prozent der Beschäftigten. Vier von zehn US-Firmen lesen in der E-Mail ihrer Mitarbeiter. „Wenn man bedenkt, was möglich ist, wird wenig gemacht – wenn man bedenkt, was es bringt, entschieden zuviel“, beurteilt der Sprecher des Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Dr. Werner Schmidt, die Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Immerhin regeln Gesetze den Einsatz von elektronischer Überwachung: in der Wirtschaft müssen die Betriebsräte bzw. im öffentlichen Dienst müssen die Personalräte vorher zustimmen.

Trotzdem gibt es Schlupflöcher, die Arbeitgebern/Dienstherrn Eingriffe in die Privatsphäre ihrer Mitarbeiter ermöglichen. Ob sie genutzt werden, sei dahingestellt! Nachweise sind schwierig – Einzelfälle sind Zufälle oder Pannen/Fehler!

Ein paar Beispiele von Kontroll- bzw. Überwachungsmöglichkeiten aus dem PC-Alltag: Sie reichen vom Speichern der Zeit, die ein Mitarbeiter am Zentralrechner angemeldet ist, dem Nachweis der Anschläge auf der Tastatur, dem Verweilen in Programmen, der Dokumentation von sonstigen Aktivitäten am Personalcomputer oder der Auswertung von Videoaufzeichnungen, die eigentlich dem Diebstahlschutz dienen. Arbeitgeber überwachen heute die Mitarbeiter elektronisch, obwohl zwei Drit-

tel der befragten Firmen zugeben, dass sie auf diese Weise kaum brauchbare Informationen erhalten. Der Wert der elektronischen Kontrolle steht, so bestätigten längst Arbeitspsychologen, in keinem Verhältnis zum Schaden, den sie anrichtet: Betroffene können unter erhöhtem Stress, Kopfschmerzen und Müdigkeit leiden, wie eine Studie der Universität von Wisconsin belegt.

Aus der Berliner Verwaltung – auch aus der Berliner Steuerverwaltung – sind konkret noch keine Missbräuche offiziell bekannt geworden.

Wichtig ist, zu wissen, dass Personalvertreter und Datenschutzbeauftragte gesetzlich darüber zu wachen haben! Und das ist gut so!

„BIG BROTHER“ im Fernsehen reicht!

## Personalräte werden wieder beteiligt

**Bei der Abordnung von Dienstkräften hat der örtliche Personalrat (öPR) der aufnehmenden Dienststelle gemäß § 86 Absatz 3 Satz 1 Nr. 3 Personalvertretungsgesetz Berlin (PersVG) ein Mitbestimmungsrecht. Nach einer Entscheidung der 62. Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin ist bei nicht befristeten Abordnungen sowohl der öPR der abgebenden als auch der öPR der aufnehmenden Dienststelle zu beteiligen.**

Bis zur Klärung durch das Oberverwaltungsgericht Berlin beantragt die Ober-

finanzdirektion Berlin als Beteiligte in diesem Verfahren bei nicht befristeten

Abordnungen wieder die Zustimmung bei beiden örtlichen Personalräten!

### IMPRESSUM

**DSTG DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT** - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im Deutschen Beamtenbund (DBB)

**Herausgeber** Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)  
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Montag 9:00 - 18:00 Uhr Dienstag - Donnerstag 9:00 - 14:00 Uhr  
Telefon: (030) 21 47 30 40 Telefax: (030) 21 47 30 41 e-mail: info@dstg-berlin.de

**Internet** www.dstg-berlin.de

**Schriftleitung** Jürgen Köchlin, stv. Landesvorsitzender der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT BERLIN

**Redaktion** Detlef Dames, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Rita Rohde, Christa Röglin, Frank Schröder, Jeàn Wandkowski  
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 15. des Monats. Gezeichnete Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Bei Leserbriefen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.

**Gestaltung/Layout** Jürgen Köchlin Fotos: DSTG BERLIN Archiv

**Druck** DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askaniering 155-156, 13585 Berlin-Spandau  
Telefon: (030) 3 75 20 30 Telefax: (030) 3 75 52 26 e-mail: druckerei.wichmann@t-online.de

**Titellayout** Karsten Köchlin

**Auflage** 8.500 Exemplare - Verteilung an alle Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

23. März 2001

# Alles Gute, Herr Goldbach!

**Götz Goldbach, am 18. Februar 1938 in Berlin geboren, seit 1990 verwitwet und Vater von drei Kindern, begann als Regierungsassessor am 1. August 1969 im FA Charlottenburg-Ost. Zum 30. April 2001 scheidet Herr Goldbach aus dem aktiven Dienst aus. Sein Ruhestand ist wohlverdient. Er wurde am**



**3. Dezember 1990 von der Oberfinanzdirektion Berlin mit der Führung des neu gegründeten FA Lichtenberg/Hohenschönhausen beauftragt und hat die Dienststelle in einer zeitgeschichtlich bedeutenden Epoche zielorientiert und engagiert - auch zum Wohle der Beschäftigten - aufgebaut.**

Durch seine Persönlichkeit, seinen Führungsstil und sein Engagement hat Herr Goldbach das Finanzamt Lichtenberg/Hohenschönhausen geprägt. Dabei führte er als Vorsteher mit leichter Hand in „historisch belasteten Räumen in der Normannenstraße“, deren Ausstattung 1990 nicht als ergonomisch zu bezeichnen war. Er schaffte es, die Beschäftigten zur Zusammenarbeit zu begeistern und ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu entwickeln. Für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatte er stets ein offenes Ohr und soweit es in seiner Macht stand, versuchte er zu helfen. Und das Betriebsklima ist der beste Gradmesser: es stimmt!

Sehr geschätzt wurden die von ihm eingeführten „Bezirksbegehungen“ mit den Führungskräften. Dabei wurden die unterschiedlichsten Punkte und Sehenswürdigkeiten im Bezirk erlaufen und erklärt. Herr Goldbach praktizierte auch mit dem örtlichen Personalrat und den Gewerkschaften die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Somit setzt er Maßstäbe für den Nachfolger!

#### Daten:

- 1963 Referendar am Kammergericht Berlin
- 1967 Rechtsanwalt und stv. Geschäftsführer der Bäckerinnung
- 1969 Regierungsassessor FA Charlottenburg-Ost
- 1971 Regierungsrat
- 1972 Wechsel zum FA Kreuzberg/ Oberregierungsrat
- 1979 Regierungsdirektor
- 1986 ständiger Vertreter des Vorstehers FA Kreuzberg
- 1990 Vorsteher des FA Lichtenberg/ Hohenschönhausen
- 1993 Leitender Regierungsdirektor

#### Funktionen:

- SL VeR/VerSt, Bp
- HSL DBA/ASTG, USt, Bp, BerlinFG, EST
- Koordinierender HSL
- Ständiger Vertreter des Vorstehers
- Vorsteher
- Beisitzer im Prüfungsausschuss für die Ausbildung der Laufbahnbeamten
- Unterrichtsbeamter für die theoretische Ausbildung im Lehrfach Umsatzsteuer
- Dozent für die Fächer: AO und Nebengesetze
- Amtsunterricht: Privatrecht, öffentliches Recht, Staatsrecht

Bei seinen Geburtstagsempfängen waren alle Kolleginnen und Kollegen gern gesehene Gäste. Und die Beschäftigten folgten seiner Einladung. Herr Goldbach unterstützte gut organisierte Betriebsausflüge und Hoffeste und wenn es seine Zeit erlaubte, folgte er auch Einladungen zum Bowlingabend.

Im Alter von 63 Jahren geht Herr Goldbach Ende April 2001 in den Ruhestand. Da er ein begeisterter Deutschlandurlauber ist, der sich intensiv für die Geschichte und Kultur des Landes interessiert und auch einen guten Tropfen Wein nicht ablehnt, wird er die gewonnene Freizeit genießen. In seiner umfangreichen Bibliothek warten Bücher darauf, von ihm gelesen zu werden. Und auf Hoffesten und Betriebsausflügen des Amtes wird Herr Goldbach ein gern gesehener Gast sein.

Die Kolleginnen und Kollegen des FA Lichtenberg/Hohenschönhausen wünschen Herrn Goldbach alles Gute!  
DEUTSCHE STEUERGERWERKSCHAFT BERLIN/  
DSTG-Bezirksgruppe Lichtenberg/Hohenschönhausen

# Neue Notebooks für die Lohnsteueraußenprüfer

In der Berliner Steuerverwaltung wird im Zusammenhang mit der Auslieferung der neuen Notebooks für den Lohnsteuer-Außendienst künftig den Lohnsteueraußenprüfern eine „JURIS-CD-ROM VV Steuer“ zur Verfügung gestellt. Bei der Herausgabe von Folgeversionen ist nach Auskunft der Oberfinanzdirektion Berlin aus lizenzrechtlichen Gründen jeweils die Vorgängerversion wieder zurückzugeben.

In den Finanzämtern werden die Berater/Betreuer den Austausch der CD-ROM in eigener Zuständigkeit organisieren. Dabei darf vom Berater/Betreuer die Updateversion den Lohnsteueraußenprüfern nur ausgeteilt werden, wenn die Vorgängerversion vom Anwender zurückgegeben wird. Dieses Verfahren wird von der Oberfinanzdirektion Berlin aus lizenzrechtlichen Gründen vorgeschrieben. Im übrigen wird dieses Verfahren in den Berliner Betriebsprüfungsstellen bereits praktiziert.

## GPR hat Geschäftsordnung beschlossen

Der Gesamtpersonalrat bei der Oberfinanzdirektion Berlin (GPR) hat in seiner Sitzung am 6. Februar 2001 eine Geschäftsordnung verabschiedet.

In der GPR-Geschäftsordnung haben die Mitglieder des Gesamtpersonalrates (GPR) u.a. über die Geschäftsführung des Gremiums beschlossen. So wurde festgelegt, dass u.a. die Sitzungen des Gesamtpersonalrates (GPR) in der Regel alle vierzehn Tage jeweils am Dienstag stattfinden.

# DIE BANK FÜR ALLE IM ÖFFENTLICHEN DIENST

## Günstige Kredite

- ▶ Geringe monatliche Raten
- ▶ Bis zum 20fachen Familieneinkommen
- ▶ Individuelle Laufzeiten bis zu 120 Monaten
- ▶ Flexible Rückzahlung durch FlexoPlus-System
- ▶ Ablösung bestehender Kredite
- ▶ Langfristige Immobiliendarlehen

Kredit-Hotline: 285 35 200

Kredit online: [www.abkbank.de](http://www.abkbank.de)

ÖFFNUNGSZEITEN: MONTAG – FREITAG 9 – 18 UHR · RANKESTR. 34 BIS 19 UHR

**Allgemeine Beamten Kasse**

INVALIDENSTRASSE 28 AM NORDBAHNHOF 10115 BERLIN TELEFON 285 350

RANKESTRASSE 34 AN DER GEDÄCHTNISKIRCHE 10789 BERLIN TELEFON 210 95 95

HEGELALLEE 14 AM JÄGERTOR 14467 POTSDAM TELEFON 0331-298 670

Oder schicken Sie den Coupon ausgefüllt an:  
**Allgemeine Beamten Kasse Kreditbank GmbH**  
Invalidenstraße 28  
10115 Berlin

Ich bin interessiert an einem Kredit.  Gewünschte Kreditsumme in DM

Name

Strasse

PLZ / Ort

Telefon

# Europa Akademie Bernried

**Auf Grund der großen Nachfrage bietet der DSTG-LANDESVERBAND BERLIN auch in diesem Jahr wieder zwei Seminare in der „Europa Akademie Bernried“ an (Sonder-/Bildungsurlaub kann beantragt werden).**

**Termin 1: 10. – 16. Juni 2001**  
**Termin 2: 9. – 15. September 2001**

Beide DSTG-Seminare befassen sich wie in den Vorjahren mit allgemeinen aktuellen staatspolitischen Themen. Sie sind von der Bundeszentrale für politische Bildung als förderungswürdig im Sinne des § 87 Satz 1 der Verordnung über Sonderurlaub für Bundesbeamte und Richter in der Fassung vom 15.05.91 (BGBl. I. Seite 1122) anerkannt und erfreuen sich seit vielen Jahren großer Beliebtheit.

Bernried liegt mitten im Naturpark Bayrischer Wald nahe der Stadt Deggendorf.

Interessenten übersenden bitte die unten abgedruckte Anmeldung an die Landesgeschäftsstelle der DSTG Berlin, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg). Da nur beschränkt Plätze zur Verfügung stehen, wird empfohlen, sich baldmöglichst anzumelden. Sofern die Zahl der Anmeldungen der freien Plätze übersteigt, behält sich die DSTG eine Auswahl vor.

Eine Bearbeitungsgebühr von 50,- DM wird bei der Anmeldung fällig und wird nur auf ein Seminar angerechnet. (Kto.-Nr. 388 200 800 bei der Commerbank BLZ 100 400 00).

Im Seminarpreis von

**410,00 DM für DSTG/DBB-Mitglieder**  
**460,00 DM für Nichtmitglieder**

sind alle Übernachtungen sowie die Vollpension für die Dauer des Seminars enthalten.

Die Anreise erfolgt auf eigene Kosten. Die DSTG sorgt für Pkw-Fahrgemeinschaften.

Vor Seminarbeginn (14 Tage vorher) findet jeweils eine Fahrtenbesprechung in der DSTG-Geschäftsstelle statt.

## Verbindliche Anmeldung

**DSTG – Landesverband Berlin**  
**Motzstraße 32**

**10777 Berlin**

**FAX: (0 30) 21 47 30 41**

Betreff  
DSTG – Seminar „Europa Akademie Bernried“

Hiermit melde ich mich für das DSTG-Seminar in Bernried zum

Termin 1	10.06.2001	<input type="radio"/>
Termin 2	09.09.2001	<input type="radio"/>
Termin	egal	<input type="radio"/>

(bitte ankreuzen)

verbindlich an.

PKW für die Fahrt vorhanden: ja/nein	Freie Mitfahrplätze: .....
--------------------------------------	----------------------------

Name, Vorname: .....

Geb. Datum: .....

Anschrift: .....

Dienststelle: .....

Telefon dienstlich: .....

Telefon privat: .....

DSTG-Mitgliedsnummer: .....

DBB-Fachgewerkschaft: .....

Berlin, den ..... Unterschrift: .....

# Einführung der Mengenstatistik im Pilotfinanzamt Reinickendorf

Am 1. März 2001 begann die Oberfinanzdirektion Berlin mit der Pilotphase der Mengenstatistik im Finanzamt Reinickendorf. Dazu wurde ein „Leitfaden zur Einführung der permanenten Mengenstatistik im Pilotfinanzamt Reinickendorf“ erstellt. Die Mengenstatistik ist neben der Zeitstatistik ein weiteres Instrument der Datenerhebung für die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Das Ziel der Mengenstatistik ist die Erhebung und Erfassung von Produktmengen der im Produktkatalog der Finanzämter des Landes Berlin definierten Produkte.

Die Mengenstatistik bildet dabei die Grundlage für die Ermittlung der Produktstückkosten, die Abbildung und Bewertung der Leistungsbeziehungen innerhalb der Berliner Verwaltung und die Kostentransparenz.

Die Produktstückkosten stellen eine Steuerungsgröße innerhalb der Ko-

sten- und Leistungsrechnung dar, sie sind die Ausgangsdaten der Budgetierung. Daher ist eine korrekte Erhebung und Ermittlung der Produktmengen in den Kostenstellen besonders wichtig. Die Produktstückkosten werden nach Division der in einem Abrechnungszeitraum auf ein Produkt aufgelaufenen Kosten durch die in diesem Zeitraum erstellten und abgegebenen Produktmengen berechnet.

Das **Finanzamt Reinickendorf** hat mit der **Pilotphase** der Mengenstatistik am **1. März 2001** begonnen. Die

Pilotphase soll nach drei Monaten bzw. nach der systemseitigen Erfassung der Mengendaten im **Juni 2001** wieder enden. Die dabei gesammelten Erfahrungen und ausgewerteten Ergebnissen sollen dann in den zu erstellenden „Leitfaden zur Einführung der permanenten Mengenstatistik in der Berliner Steuerverwaltung“ einfließen.

Die übrigen Berliner Finanzämter sowie die Oberfinanzdirektion Berlin sollen nach der Planung der Oberfinanzdirektion Berlin **ab August 2001** mit der **Mengenstatistik** beginnen.

## **DSTG** - die Fachgewerkschaft der Steuerverwaltung

### Reiseprogramm 2001

(Auszug)



## omnibusbetrieb ulrich schulze

**Osnabrücker Straße 17  
D 10589 Berlin  
Telefon/Fax: (0 30) 344 15 60**

#### **9 Tage-Rundreise „Ermland - Masuren - Memel“**

**Termin: 15.07. - 23.07.2001**

**1.175,-- DM**

Im Reisepreis enthaltene Leistungen:

Rundfahrtprogramm: 8 x Halbpension in den einzelnen Hotels. Alle Zimmer mit Bad/Dusche und WC. 3 bzw. 4-Sterne-Komfort nach landesüblichen Bestimmungen. Einreisegebühren. Reiseleitung: Elisabeth aus Danzig.

1. Tag: Berlin-Thorn (1 Nacht); 2. Tag: Stadtrundgang Thom, Weiterfahrt nach Nikalaiken (2 Nächte); 3. Tag: Rundfahrt Masuren, 4. Tag: Nikolaiken-Meel (3 Nächte); 5. Tag: Besichtigung Memel; 6. Tag: Besichtigung Kurische Nehrung; 7. Tag: Memel-Allenstein (1Nacht) 8. Tag: Allenstein-Danzig, Stadtrundfahrt (1Nacht); 9. Tag: Danzig-Berlin

Einzelzimmerzuschlag: 294,-- DM - Reisepass erforderlich!

#### **8 Tage-Reise „Normandie - Insel Jersey“**

**Termin: 09.09. - 16.09.2001**

**1.098,-- DM**

Im Reisepreis enthaltene Leistungen:

Busreise Berlin-Granville/Normandie-Berlin

mit einer Zwischenübernachtung auf der Hinfahrt und zwei Zwischenübernachtungen auf der Rückfahrt im Raum Trier. Gelegenheit zur Stadtrundfahrt mit Aufenthalt in Trier. Halbpension auf der ganzen Reise. Alle Hotelzimmer mit Bad/Dusche und WC. Tagesfahrt Mont Saint-Michel. Tagesfahrt Invasionsküste. Utath Beach und Omaha Beach. Schifffahrt zur Insel Jersey mit Rundfahrt und einem zusätzlichen Mittagessen. Reiseleitung am Ort.

Einzelzimmerzuschlag 260,-- DM

#### **Weiterer Termin:**

07.10. - 11.10.2001 - 5 Tage-Reise Nordfriesland - Schleswig - Kappeln 586,-- DM

**Anmeldungen bitte sofort nur telefonisch - Anrufbeantworter!**

# DBB-Beschäftigten-Konferenz



Joachim Jetschmann

Am 14. März 2001 führte der DBB - Beamtenbund und Tarifunion-Berlin - unter Leitung des DBB-Vorsitzenden Joachim Jetschmann eine Konferenz der Beschäftigtenvertretungen bei der Bundesverwaltung in Berlin, der Berliner Landesverwaltung und dem privatisierten öffentlichen Sektor durch. Mehrere hundert Interessenvertreter folgten der Einladung des DBB Berlin. Teilgenommen haben an der DBB-Konferenz Personalräte, Betriebsräte, Frauenbeauftragte/Frauenvertreterinnen, Schwerbehindertenvertreter sowie Jugend- und Auszubildendenvertreter.

Auf der gut organisierten DBB-Konferenz im Forum-Hotel referierten u. a. der stellv. DBB-Bundesvorsitzende, Heinz Ossenkamp, der Bundesvorsitzende des VBOB im DBB, Rainer Schwierchinski, Dr. Wilhelm Ilberts (Projektgruppe Mitbestimmung des DBB, Bonn) und aus dem Bundesinnenministerium, Dr. Boys!

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, sprach aktuelle tarif- und beamtenrechtliche Themen der Berliner Verwaltung an und diskutierte anschließend mit den Teilnehmern der DBB-Beschäftigten-Konferenz.



Dr. Boys (Bundesinnenministerium), Diepgen (Regierender Bürgermeister von Berlin), Ossenkamp (stellv. DBB-Bundesvorsitzender)

## Kostenlos

**Die OFD Berlin tauscht bis Ende April 2001 die ältesten Personalcomputer (einschließlich der 15-Zoll-Monitore) in den Berliner Finanzämtern gegen neue PC aus. Die „LUV's“ können in eigener Verantwortung die ältesten Einheiten (PC, 15-Zoll-Monitor/Drucker) an die Beschäftigten kostenlos abgeben.**

Die private Inbetriebnahme und Nutzung des PC's dürfte Schwierigkeiten bereiten, denn

- < zum Bespielen des PC's wird ein CD-Laufwerk und viel Geduld (!) benötigt;
- < der 486-Prozessor (33 Hz) und der Arbeitsspeicher (32 RAM) harmonieren nicht mit „Windows 98“;
- < die ISA-Grafikkarte ermöglicht kein ergonomisches Arbeiten.

Die Oberfinanzdirektion Berlin lässt sich über die zuständige DEKOMM-Stelle von jedem Beschäftigten die Übergabe in den Privatbesitz schriftlich bestätigen, denn die Geräte sind kostenpflichtig vom Eigentümer zu entsorgen!

# Toner-Kartuschen des Druckers Brother HL 1250 müssen ausgetauscht werden

Die Toner-Kartuschen des Druckers Brother HL 1250", die über den Landesbetrieb für Informationstechnik (LIT) für die gesamte Berliner Verwaltung angeschafft worden sind, gehen jetzt wieder zurück an die Firma. Die DEKOMM-Stellen der Berliner Finanzämter sind inzwischen angewiesen

worden, alle originalverpackten Toner-Kartuschen für den Drucker Brother HL 1250 zurückzugeben! Was mit den noch originalverpackten Druckern passiert, ist noch nicht geklärt! Sofern Brother HL 1250-Drucker trotz Nichtzustimmung des Hauptpersonal-

rates ausgepackt und verbotenerweise auf Arbeitsplätzen zum Einsatz gekommen sind, sollten betroffene Kolleginnen und Kollegen spätestens jetzt im eigenen Interesse an den Gesundheitsschutz denken und bei weiterer Inbetriebnahme den zuständigen örtlichen Personalrat einschalten!

## Neue Technologien für eine neue Verwaltung 2. Fachkongress mit Fachmesse 29./30. Mai 2001 in Leipzig

Nach dem großen Erfolg des Partnerkongresses der DBB-Akademie mit Microsoft und weiteren namhaften Wirtschaftsunternehmen der IT-Branche im letzten Jahr kommen in Leipzig erneut für zwei Tage IT-Branche und Fachleute aus der öffentlichen Verwaltung zusammen, um sich über sinnvolle und

zukunftssträchtige Kooperationsmöglichkeiten auszutauschen.

Auf der DBB-Veranstaltung werden IT-Anwendungskonzepte, die sich bereits in der modernen Verwaltungspraxis bewährt haben, ausführlich vorgestellt und besprochen.

Die DBB-Veranstaltung mit 15 parallelen Fachforen vermittelt vertiefte Kenntnisse, die auch für die Personalratsarbeit erforderlich sind.

Anmeldeprospekt u.a. beim DSTG-LANDESVERBAND BERLIN:

Telefon: (0 30) 21 47 30 40

**DSTG - es gibt keine Alternative**

## Sonderurlaub unter Verrechnung der zur Weihnachtszeit zustehenden Bezüge

In allen Geschäftsstellen der Berliner Finanzämter liegen zur Zeit überarbeitete Informationshefte mit Hinweisen der Möglichkeit der Inanspruchnahme

zusätzlicher Freizeit bis zu vier Wochen unter Verrechnung der zur Weihnachtszeit zustehenden Bezüge.

Interessierte Beamtinnen/Beamte so-

wie Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer wenden sich bitte zur Beratung und Einsichtnahme (!) in diese Broschüren an die zuständige Geschäftsstelle!

## Ratgeber bei Erwerbsminderung

Seit dem 1. Januar 2001 ist die Reform der Erwerbsminderungsrenten in Kraft getreten. In der Broschüre „Sicherheit mit System“ werden die Voraussetzungen für die neue, zweistufige Rente für Erwerbsgeminderte erläutert.

Außerdem werden die Übergangs- und Bestandsregelungen für Beziehervon Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten sowie die neuen Hinzuverdienstgrenzen genau erklärt. Kolleginnen und Kollegen können die-

se Publikation unter der Bestellnummer „A 261“ kostenlos beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung anfordern:

Telefon: (01 80) 515 15 10

Telefax: (01 80) 515 15 11